

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)
Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Gemeinde Eichwalde
- Gemeindeverwaltung -
Bauamt, Frau Weiß
Grünauer Str.49
15732 Eichwalde

Eichwalde, den 15. März 2018

Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom (diverse)

Vorbereitung auf das Gespräch am 3.4.2018, 11 Uhr,
bei Herrn Bürgermeister Jenoch in Ihrem Beisein

Sehr geehrte Frau Weiß,

1. D a n k

zunächst mein Dank für die Weiterleitung der Nachricht der drei vorgesch. regionalen Bürgergruppierungen aus Eichwalde und Schulzendorf, welche zu vorgesch. Termin führte.

Wir sind erfreut, daß der BER-MAWV-Komplex in einer Verantwortung verbleibt, weil er untrennbar verbunden ist.

Nachstehend hierzu einige grundsätzliche Bemerkungen, da tel. Rücksprachen leider mehrfach nicht erfolgen konnten.

2. I n f o r m a t i o n s a u s t a u s c h

Unsere Informationen gingen bisher der Gemeinde über E-Mails an Herrn Launicke zu, welcher bisher für den Komplex verantwortlich war.

Da Herr Launicke nun zu Ihrer Verantwortungsreich gehört, können Sie sich von ihm berichten

1999-2014 45 Jahre Autor zu Volkswirtschaftslehren in zwei Wirtschaftssystemen

1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schwemaschinenbau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie, Humboldt-Universität zu Berlin, Sect. Elektronik

1973-75 Diplomierung und Promotion als 'Examen' mit Untersuchungen zur Systemisierbarkeit von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen

1972, 1974 Richtpreisräger und Humboldtpreisräger der Humboldt-Universität von Berlin

1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer

1950-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundvorlesungen im LEHRSTUHL HUBERERUD (IME) Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des Landessozialrates Cottbus

1953-73 Selbständiger Konstrukteur

1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Normung

1994 Bauleitplaner

um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Preisstaffelungen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Mengen für Duroplast-Formstoffteile, PLASTE UND LAUSORIK

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus im Auswärtigen Dienstleistungen (Verhinderung der Einführung des sozietischen Gut-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems)

1969-70 Lehner privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft I.A. des ASW Berlin (Teil1: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Scheaf, Zentrallaboratorien für Kunststoffverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straußwitz, TU Dresden

1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminderung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses von Duroplastformteilen aus Abmaß-Behältern, Verteilungen, Eröffnungsrichtung der Sektoren Elastifizierungstechnik einer der internationalen Fachtagungen HASI/STREIF der Kamer der Technik, Dresden

um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Fünfjahresplanes der Sowjetunion im Rahmen des Prognoseverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin

1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sozietischen Zweckleistungsmethoden in der Maß-, Steuer- und Regelungstechnik)

1981 Dissertationsfassung in REINGEMISCHUNG 29(1981) H.4 S.182

Jan.1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit Gennanschen Schmidt über NEDES KORN an Zentralen Runden Tisch und Regierung

1996/97 Vorschlag zur Einführung einer John-Sosier (Spekulations-Dämpfung) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (Festa Wechselkurse) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der ERO-Einführung

2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur ERO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg

2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Energie- und Wirtschaftskrisis sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Entwurfsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen und -Erklärungen im Rahmen der EICHWALDER BE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-zl.de> sowie www.eichwalde.com und www.bvbb-ev.de)

2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

lassen, die Weiterleitung von E-Mails auf Ihren Rechner veranlassen oder uns Ihre E-Mail-Adresse mitteilen, sofern Sie zukünftig direkt unterrichtet werden möchten.

Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.

3. Aktuelles Hauptproblem MAWV

Der MAWV stellt momentan das drängendste Problem dar. Nicht nur, daß auch nach mehr als 2 Jahren noch keinerlei Altanschließerbeitragsrückzahlungen nach dem BVerfG-Urteil erfolgten - der MAWV setzt auf Prozesse, die ermüden, weil die Gerichte chronisch unterbesetzt sind; gem. gestrigem Fernsehbeitrag fehlen in Deutschland nach 25 Jahren Personalabbau fast 2000 Richterstellen ! Zudem kann der MAWV nur verlieren.

Das Problem MAWV hat sich zudem von Altanschließerbeiträgen über Neuanschließerbeiträge bis hin zu Gebührenbescheiden ausgeweitet, so daß wohl die Schadensausweitung für die Kommunen, welche den MAWV tragen, droht, wenn nicht umgehend umgesteuert wird.

Die Problematik ist aus der Weiterleitung von Widerspruchsvordrucken seitens Herrn Dr.Kopitzki per E-Mail vom 14.März 2016 sowie aus der Weiterleitung des Schreibens an Landrat Loge vom 9.März 2018 ersichtlich, ferner auf die dem vorgehen. Schreiben vorangegangene Weiterleitung vom 27.Februar 2018 an die Kommunalaufsicht.

Am 6.Dezember 2017 erfolgte hierzu ferner ein Offener IGAS-Brief an alle Stadtverordneten und Gemeindevorsteher im Kernbereich des MAWV, von Herrn Kalus am 16.Dezember 2017 per E-Mail verteilt, zu welchem eine Antwort m.W. noch offen ist und hiermit angemahnt wird. Dieses Schreiben wurde mit IGAS-Schreiben vom 11.Dezember 2017 auch dem MAWV-Verbandsvorsteher Sczepanski zugesandt, von Herrn Kalus per E-Mail vom 12.Dezember 2017 verteilt.

4. Komplexproblem BER-MAWV

Da statt auf unseren Politikerbrief Stand 1.Mai 2017, "Europäisches Recht ist umzusetzen", nur eine Antwort auf das 2. Mahnschreiben zu dessen Behandlung seitens des Petitionsausschusses des Bundestages erfolgte; war als Reaktion hierauf ein Antwortschreiben nebst Presseerklärung vom 19.Januar 2018 zur **Betriebssystemabhängigkeit des FBB-Finanzbedarfs** erforderlich, von Herrn Kalus am 10.Februar 2018 per E-Mail verteilt.

Das Schreiben an Bundestagspräsident Dr. Schäuble vom 30. Oktober 2017 wurde von Herrn Kalus am 4. Februar 2018 als Bezugsschreiben noch einmal per E-Mail verteilt. Hierzu gehört die Pressemitteilung vom 15. Januar 2018 nebst Schreiben des BT-Petitionsausschusses vom 28. Dezember 2017 und der Stellungnahme des Bundesverkehrsministeriums, die völlig unqualifiziert ist, verteilt per E-Mail vom 16. Januar 2018.

Was gibt es zum "Masterplan" zu sagen? Eine Stellungnahme hierzu, "Traumtänzer am Werk ..." wurde per E-Mail vom 23. November 2017 verteilt.!

Einen gewissen Überblick zur Rechtslage BER-SXF-TXL gibt das Schreiben vom 5. Oktober 2017 an rbb nebst Anlagen, per E-Mail vom 3. November 2017 verteilt, wobei sich das Schreiben vom 27. Oktober 2017 an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Berlin mit der Nichteinhaltung der PFB-Bedingungen befaßt, dergänzt durch die Pressemitteilung vom 7. Oktober 2017, per E-Mail am gleichen Tage verteilt.

Und die Pressemitteilung vom 3. Oktober 2017 befaßt sich mit den Verletzungen von Grundlagen des Konsensbeschlusses - mit Hinweis auf weitere Schreiben an Politiker -, verteilt per E-Mail vom 3. Oktober 2017.

Die Gesamtproblematik behandelt ferner ein Schreiben vom 13. September 2017 an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, verteilt per E-Mail vom 2. Oktober 2017.

Als wesentlich im Gesamtzusammenhang erscheint ferner das Schreiben vom 28. August 2017 an die Landtagspräsidenten, u.a. mit dezidierten Aussagen zur Nichteinhaltung der Bedingungen des Konsensbeschlusses, bekanntgemacht per E-Mail vom 14. September 2017.

Die vorg. Unterlagen beinhalten zum PFB und Konsensbeschluß ergänzende Argumente zum Politikerbrief Stand 1. Mai 2017, "Europäisches Recht ist umzusetzen ...", liegt bei Herrn Launicke m.E. vor.

Unabhängig davon gehen die Recherchen zu juristischen Grundlagen des BER-Projektes zu Standortfragen weiter.

Nach Durchsicht der vorstehend benannten Unterlagen werden Sie erkennen,

- daß das BER-Projekt gem. gegenwärtiger Planung jeder rechtlichen, technischen und finanziellen Grundlage entbehrt und
- daß der MAWV das BER-Projekt auf Kosten der Kunden-Haushalte rechtswidrig begünstigte, also von der FBB GmbH Kostenrückerstattungen verlangen muß, und daß zudem durch sein Geschäftsverhalten infolge des Provokierens unnötiger und potentiell nur zu verlierender Prozesse auf die ihn tragenden Kommunen nicht umlegbare Kosten zukommen, die Bemühungen der Eigner zum Abstellen dieser Methoden im Eigeninteresse nahelegen.

Ferner sind zum Abstellen dieser rechtswidrigen Verfahrensweisen Bemühungen zum Durchsetzen der Genehmigung von **Sammelklagen** erforderlich.


Als **Ziel der Zusammenarbeit** zwischen **Gemeinde** und **Bürgergruppierungen** regionaler Art wird ein Informationsaustausch gesehen, der Probleme erkennen läßt und zu ihrer Lösung beiträgt, indem die Gemeinden bei der Vertretung der Interessen ihrer Bürger in regionalen Gremien wie MAWV-Gesellschafterversammlung, Umlandgemeindenverband und Dialogforum unterstützt werden, um **Willkürmaßnahmen bei MAWV wie FBB GmbH entgegenzutreten** zu können.

Bezüglich des MAWV wurden solche bereits vorstehend benannt. Bezüglich der FBB GmbH soll darauf hingewiesen werden, daß für Bürger speziell beim Schallschutz solche konstatierbar sind

- bezüglich der **Verschiebung der PFB-Tagschutzzonengrenze** gem. PFB-Zoom um ca. 20m nach Norden, weshalb zwar für die Grundschule selbst öffentlich "erhöhter Lärm" konstatiert und nachgerüstet wurde, während die Nachbargrundstücke auf der Nordseite der Stubenrauchstraße nicht in die Tagschutzzone fallen, wohl aber ein Grundstück auf der Südseite der Stubenrauchstraße;
- bezüglich der Umkehrung der FBB-Festlegungen zur Entschädigung von der Ausnahme zum Regelfall;
- bezüglich der FBB-Positionierung als Bauamt in Abweichung von geltendem bzw. relevantem früheren Baurecht usw. (vgl. Matrix des Dialogforums).

Sofern über vorstehende Ausführungen hinaus noch Fragen bestehen sollten, bitte ich um Ihren Anruf.

Mit freundlichen Grüßen



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT